

**Impressum**

**Herausgeber:**

Deutscher Berufsverband  
für Pflegeberufe DBfK e. V.  
Alt-Moabit 91 | 10559 Berlin  
Tel.: (0 30) 21 91 57-0  
dbfk@dbfk.de | www.dbfk.de

**Verantwortlich:**

Dr. Bernadette Klapper  
(Bundesgeschäftsführung)

**Redaktion:**

Ivonne Köhler-Roth  
redaktion@dbfk.de



**Sandra Mehmecke**

Geschäftsführerin DBfK Nordwest

## **Einmischen ist nötig: Pflegepolitik braucht Engagement**

Liebe Mitglieder,

Pflege- und Gesundheitspolitik – das klingt für viele nach Berlin, Bundestag, BMG. Nach Gesetzestexten mit sperrigen Namen. Nach langwierigen Prozessen und Entscheidungen, auf die man als einzelne Pflegefachperson scheinbar keinen Einfluss hat. Aber Pflegepolitik findet auch außerhalb der Parlamente statt. Sie beginnt überall dort, wo sich Menschen mit einem politischen Anliegen an die Öffentlichkeit oder relevante Entscheidungsträger:innen wenden. Das erleben unsere Mitglieder in bereichernden Austauschrunden mit politischen Gästen innerhalb regionaler Arbeitsgruppen und Netzwerke des DBfK. Es zeigt sich aber auch in kleinen Initiativen, die große Kreise ziehen.

Ein aktuelles Beispiel, wie politische Themen aus der Praxis Relevanz gewinnen können, zeigt ein Vorstoß aus Niedersachsen, den wir als DBfK mit kritischem Blick betrachten: Eine Pflegeauszubildende aus Hannover hat sich für den Erhalt des gesonderten Abschlusses in der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege starkgemacht und in einer Petition rund 5.500 Unterschriften gesammelt. Das Anliegen liegt jetzt dem niedersächsischen Petitionsausschuss vor. Dessen noch ausstehende Beschlussempfehlung könnte Einfluss darauf haben, wie sich das Bundesland im Rahmen der geplanten Evaluation der generalistischen Pflegeausbildung positioniert.

Fast zeitgleich hat die AG Pädiatrische Pflege des DBfK Nordwest im Juni Politiker:innen ihre Kernforderungen für die Weiterentwicklung der pädiatrischen Pflege vorgestellt – und damit eine fachlich begründete pro-generalistische Perspektive in den politischen Diskurs eingebracht. DBfK-Mitglieder aus Niedersachsen werden das Thema ab Herbst mit den pflegepolitischen Sprecher:innen der demokratischen Parteien weiter vertiefen. Denn auch das ist Pflegepolitik: sich aus der eigenen Profession heraus einzumischen – vor Ort, in den Bundesländern, in Netzwerken und Arbeitsgruppen. Deshalb ist unser Appell, mitzumachen. Denn Politik ist nichts, was uns „einfach so passiert“, sondern etwas, das wir aktiv mitgestalten können.